

Das Drama von Bonn

1. September 2010

Warum die ehemalige Bundeshauptstadt den eigenen Mut zum Festspielhaus verlor und ihr Bekenntnis zu Ludwig van Beethoven halbherzig bleibt.

Von Prof. Manfred Harnischfeger

Bonn wollte zusammen mit Bund und Land Nordrhein-Westfalen ein nationales Festspielhaus betreiben. Drei private Großsponsoren wollten es in eigener Verantwortung privatrechtlich bauen.

Es sollte den Namen Beethoven tragen, der in dieser Stadt geboren wurde, und sich architektonisch wie akustisch durch internationale Spitzenqualität auszeichnen. Man sprach vom Bilbao-Effekt.

Dann kamen ein neuer Oberbürgermeister, die kommunale Haushaltskrise, die Freunde der alten Beethovenhalle, das Desaster um ein mit kriminellen Koreanern fehlgeplantes Kongresszentrum und eine überforderte Verwaltung, die ein zweites großes Projekt nicht schultern kann und will. Das (vorläufige) Verschwinden einer Vision, deren Realisierung die zweite „Raketenstufe“ des Strukturwandels nach dem Regierungsumzug nach Berlin für Bonn hätte auslösen können.

Man spricht vom gelungenen Strukturwandel in der großen rheinischen Provinzstadt in unmittelbarer Nähe von Köln. Die deutsche Wiedervereinigung 1989/90 führte zum Umzug der Hälfte aller Bundesministerien nach Berlin und letztlich zur Abkoppelung vom Subventionstropf. Aber Bonn hat heute mehr Einwohner als jemals zuvor, konnte zusätzlich zur traditionsreichen Universität zahlreiche Wissenschaftsinstitutionen ansiedeln und ein UN-Klima-Department stattlicher Größe. Die Rhein- und Siebengebirgslandschaft sorgt für einen manierlichen Touristenstrom, der auch das Beethoven-Haus streift, die Geburtsstätte des Meisters sowie Bundeskunsthalle und Haus der Geschichte. Viel Kultur!

Nicht zuletzt deshalb gibt es einen sogenannten Kulturrat, in dem sich die Leiter aller kulturellen Einrichtungen in lockerer Form zusammengefunden haben, austauschen und ihr Lobbying organisieren.

Die Stadt beherbergt die Zentralen von Deutsche Post DHL, Deutsche Telekom und Postbank. Diese Unternehmen verständigten sich vor gut fünf Jahren darauf, gemeinsam das wesentlich vom Kulturrat der Stadt getriebene Projekt eines neuen Festspielhauses zu unterstützen. Um nicht eine Art zweiter Elbphilharmonie-Katastrophe (doppelte Bauzeit, dreifache Kosten) zu kopieren, ersann man eine kluge Konstruktion:

Die Stadt stellt das Grundstück der alten, nach dem Zweiten Weltkrieg erbauten Beethovenhalle zur Verfügung, die integriert oder abgerissen wird. Gebaut wird privatrechtlich in eigener Verantwortung der Unternehmen (effizient, zeitgenau, kostengünstig, ohne öffentliche Ausschreibungen). Das neue Gebäude wird von den drei Unternehmen unentgeltlich einer Betreiber-Stiftung zur Verfügung gestellt. Die Stiftung wird Mieterin des Hauses. Die Mietverpflichtung wird ausgeglichen über einen Sponsoringvertrag. Die Stiftung wird vor allem von Bund, Land, Kreis, Stadt,

Sparkasse und mittelständischen Betrieben getragen und sorgt für den laufenden künstlerischen Betrieb.

Die Unternehmen sagten Investitionsmittel in Höhe von 75 Mio. Euro zu, wohl ahnend, dass in Wirklichkeit an die 100 Mio. Euro für den Bau benötigt würden. Sie verständigten sich, dass die Post sich vorrangig um Bau und Architektur kümmern sollte, was sie unter ihrem Chef Real Estate Global Standards, Heinrich Küpper, einem ehemaligen Stadtdirektor des niederrheinischen Städtchens Grevenbroich, mit Verve, hoher Energie und Professionalität, Weitblick und politischem Geschick auch tat. Zehn international renommierte Architekten wurden für Entwürfe gewonnen. Und während anfangs durchaus an eine „integrative Lösung“ gedacht war (alte Beethovenhalle entkernt und erneuert oder sich gegenseitig ergänzende alte und neue Bauteile), beeindruckten in zwei großen, fachlich und politisch hochrangig besetzten Expertenrunden die entschiedenen Neuansätze, welche die alte Halle verschwinden ließen.

Peer Steinbrück, damals Bundesfinanzminister und selbst Bonner Bürger, Oberbürgermeisterin Bärbel Diekmann und die alles treibende Kraft, Kulturrats-Vorsitzende Karin Hempel-Soos sowie die deutliche Mehrheit stimmten letztendlich für Entwürfe von Zaha Hadid (London) und Hermann & Valentiny (Luxemburg). Mut und Risikobereitschaft, die sich später als problematisch erweisen sollten.

VORBEREITUNG EINER STIFTUNG

Parallel wurden Machbarkeitsstudien, Business Pläne, Stiftungssatzung und Sponsorenvertrag erarbeitet. Die Arbeitsgruppen um NRW-Kulturstaatssekretär Heinrich Große-Brockhoff und Bonns Stadtdirektor Volker Kregel waren sich einig: Inmitten einer mit Angeboten dichtbesetzten deutschen sowie rheinischen und Ruhrgebiets-Kulturlandschaft ginge es nicht um die Verwirklichung eines eiteln Wahns, sondern um ein profiliertes, maßgeschneidertes, atmendes Optimum: Heimstätte für das Beethoven-Orchester, Spielort für die herbstlich stattfindenden Beethoven-Feste, ein mögliches Zusatzfestival im Frühjahr und zahlreiche cross over events, Education-Programme und überhaupt „Musik für alle“. Aber auch um ein Haus mit großer Magnetkraft für internationale Touristen und damit ein Stadtentwicklungsprojekt.

Eingebunden waren ratgebend die Unternehmensberatungen McKinsey und Metrum sowie Karsten Witt (Berlin, früher Wien und London).

Es fehlte ein kulturwirtschaftlicher Gesamtplan für Bonn seitens der Verwaltung, der erst jetzt, viel zu spät entstehen soll. Aber es herrschte eine Ahnung, dass das kostbare Gut Beethoven-Erbe, das die Stadt zum Kernbestand der eigenen Identität erklärt hatte, sich wunderbar zur Vermarktung der internationalen UNO und Wissenschaftsstadt in herrlicher Rheinlandschaft eignen würde. Beethovens Dynamik und internationale Bekanntheit könnte und sollte Bonn zu Gute kommen. Doch im Konkreten und Detail erwiesen sich Verwaltung, Rat und große Teile der (sehr kulturaffinen) Bürgerschaft als ein in seligen Vergangenheits- und Bedeutungsträumen verhafteter, bildungsbürgerlicher Debattierklub, dem die „eisernen Hände“ der mittlerweile verstorbenen Karin Hempel-Soos, des demissionierten Peer Steinbrück, der Welthungerhilfe-Präsidentin Bärbel Diekmann und des konsenstüchtigen Postchefs und Telekom-Aufsichtsratsvorsitzendem Klaus Zumwinkel fehlten. Im Stadtrat der Kleinmütigen regiert eine schwarz-grüne Mehrheitskoalition, in welcher der Festspielhaus-feindliche grüne Schwanz mit dem

unschlüssigen schwarzen Hund wackelt und dem roten OB die Stirn bietet, koste es, was es wolle.

KLIMAVERÄNDERUNG

Die zwischenzeitlich eingetretene klimatische Gesamtlage hatten die Protagonisten des neuen Festspielhauses wohl nicht richtig eingeschätzt.

1. Der im Oktober 2009 neue gewählte OB Jürgen Nimptsch hatte sich Bürgernähe und Transparenz auf die Fahnen geschrieben und kündigte an, die kommunalpolitischen Prioritäten in einer Bürgerbefragung zu erkunden, das heißt die Bürger selbst über das Festspielhaus abstimmen zu lassen. Abgesehen davon, dass er über Wie und Wann keine Klarheit herstellte, verursachte er mit diesem Vorgehen eine unselige Kontroverse zwischen Befürwortern sozialer Wohltaten für viele (Schwimmbäder, Kindergärten etc.) und Vertretern einer scheinbaren Elite-Kultur – ohne wirklich die Führung zu übernehmen und schlagkräftig zu verargumentieren, dass dies in Wirklichkeit keine Alternative ist. Er definierte sich als Moderator und nicht als Anführer und Visionär. Er wurde projektleitend von einem Stadtdirektor begleitet, dem alles ohnehin zu riskant erschien und der augenscheinlich schon auf dem Absprung zu einer -Laufbahn-Station in Hamburg war.

2. Es traten die Befürworter des Erhalts der Mehrzweck-Beethovenhalle auf den Plan, die deren architektonische Nachkriegseinmaligkeit priesen, - die historische Bedeutung im frühen Parlamentarismus hervorkramten, in Erinnerung an Abitur- und Tanzstunden-Abschlussbälle schwelgten und mit ihrer erstaunlichen argumentativen Kraft und öffentlichen Sichtbarkeit die Politik und auch den OB nach dessen eigenem Bekunden stark beeindruckten, während sich andererseits zusätzlich zum Verein „Bürger für Beethoven“ die „Festspielhaus Freunde“ formierten – in Erwartung einer Bürgerbefragung, zu der es nie kam. Und die drei Unternehmen? Sollten sie für ihr eigenes „Geschenk“ an das Gemeinwesen auch noch die Werbetrommel rühren? Dies erschien ihnen kurios. Zurückhaltung war geboten. Indes wurde „ihr Projekt“ durch den Reißwolf kommunaler Diskussionen gedreht; nicht selten wurden sie scheinbarer Hintergedanken (Steuerersparnis?) verdächtigt.

3. Skepsis und Gegnerschaft bildete sich wider Erwarten auch bei einigen Kulturinstitutionen und -bereichen vor Ort, offensichtlich weil bei Fokussierung auf ein Paradeprojekt eine Ausdünnung anderer Etats -befürchtet wurde. Es entstand die Idee, Oper, Schauspiel und Konzertbetrieb in einem neuen Universalbau auf dem Gelände der alten Oper zusammenzuführen, was in andere Kostendimensionen führen würde und eine Beteiligung des Bundes am „nationalen Anliegen“ Beethovenfestspielhaus ausschlosse, weil es sich dann um ein rein kommunales Projekt ohne überregionale Strahlkraft handelte. 39 Mio. Euro waren vom Bund für den künftigen, laufenden Betrieb in Bonn bereitgestellt.

KEIN GELD FÜR INVESTITION IN DIE ZUKUNFT?

4. Die Haushaltslage der Stadt verfinsterte sich. Mit Mühe umschiffen Verwaltung und Rat für 2011/12 einen Nothaushalt, in dem der Regierungspräsident alle Macht gewonnen und die Stadt jegliche Gestaltungsmöglichkeit verloren hätte. Maximal drei Millionen Euro wären durch das neue Festspielhaus auf den städtischen Kulturhaushalt jährlich als neue Belastung zugekommen. Diese Summe ist im Rahmen des Gesamthaushalts marginal, aber sie wurde in Frage gestellt und die zu erwartende Umwegrentabilität wurde gar nicht erst ins Auge gefasst. Was wäre aus

Salzburg geworden, hätte es nicht den unermüdlichen Druck Karajans zur Gründung der dortigen Festspiele gegeben?

5. Bonn hatte ein Kongresszentrum gebaut. Es ist nahezu bezugsfertig, aber es steht momentan als Bauruine im alten Regierungsviertel, da die Finanzierung auf hohlen Versprechungen und Machenschaften fußt, die Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen sind. Die Verwaltung hat sich übernommen und ihre Professionalität falsch eingeschätzt. Nun ist sie vom Desaster nahezu paralysiert. Der OB will kein zweites, nach seiner Ansicht risikoreiches Projekt wie das Festspielhaus in Angriff nehmen. Angesichts der Fehlplanungen und Kostenüberschreitungen in allen öffentlichen Bauvorhaben sahen die Kommunalpolitiker auch heraufziehende Gefahren beim Festspielhaus. Das private Bauen eines routinierten Großunternehmens fand nicht genügend Akzeptanz.

DAS VORLÄUFIGE ENDE

So kam es im Frühjahr 2010 zum Schwur. Die Unternehmen waren das Hin und Herleid. Die Vorstandsvorsitzenden fragten den OB, ob er das Festspielhaus wirklich wolle. Wenn ja, ob die Stadt ihre Einlage in die Stiftung leiste und welches die ganz konkreten Arbeitsschritte seien. Da gestand das Stadtoberhaupt, dass er derzeit keine Ratsmehrheit und keinen Konsens in der öffentlichen Meinung erkenne. Das bedeutet das vorläufige Aus – und die Fragen bleiben offen, ob und wie Bonn im Jahr 2020 den 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens feiern wird.

Im Moment leistet Bonn „Trauerarbeit“ – je nach Interessen unterschiedlich. Von der Hoffnung auf baldige Wiederbelebung bis zur Erklärung des definitiven Todes reicht die Skala der Einschätzungen. Nach anfänglichem Jubel bei den Liebhabern der alten Beethovenhalle und in der grünen Ratsfraktion herrscht wohl auch bei letzteren ein wenig Nachdenklichkeit. Wer will schon Schuld daran sein, wenn die Stadt ihre Zukunftsfähigkeit verliert?

PROF. MANFRED HARNISCHFEGER war bis 2009 Kommunikationschef der Deutsche Post DHL und deren Beauftragter für die Gründung der Stiftung Festspielhaus. Er ist Professor für Kultur- und Medienmanagement an der Hochschule für Musik und Theater in Hamburg.